

Eilig umgetauft Die Verwandlung der SED zur PDS/Linke

Als »einem sozialdemokratischen Bürgermeister die Glückshormone aus der Pupille strahlen«, wie Sie 2001 launig formulierten, »da er nun nach den gelbgrünen Wadenbeißereien endlich mit dem einsichtigen verständigen Wunschpartner von der PDS zügig handelseinig wird«, reisten Sie durch Deutschland, um daran zu erinnern, wo die geistigen Wurzeln der PDS liegen, und vor dem Wiederaufstieg der Kommunisten zu warnen. War das nicht ein wenig übertrieben?

Wer so fragt, untertreibt. Gerade der Einzug ins Berliner Rote Rathaus war einer der krassen Zugewinne an Einfluss, die die SED-Epigonen mittlerweile überall einfahren. Das Erschreckendste ist, dass eine demokratische Ur-Partei wie die SPD schrumpft. Ihr Mitglieder- und ihr Wählerschwund sind eindeutig mit dem Mitglieder- und Wählerzuwachs der sogenannten Linken verrechenbar. Wer hätte gedacht, dass die nachgelassene giftige Hefe der SED noch so viel Virulenz im politischen Teig der Bundesrepublik besitzt. Damit ist auf längere Sicht Instabilität in das bewährte schwarz-rot-grün-gelbe Parteien-Konglomerat eingezogen. Nachhaltig befördert wird die Störung dieser für die Demokratie so wichtigen Parteien-Balance durch die unsozialen Auswirkungen der Globalisierung. Das Duo Gysi und Lafontaine wird daraus immer Gewinn schöpfen, solange sie für konkrete Schlussfolgerungen nicht zuständig sein müssen.

Aber Sie halten das Wiedererstarken des Kommunismus nicht wirklich für eine Option?

Gewiss, was vom Kommunismus überlebt hat und sich so oder ähnlich etikettiert, kann niemanden mehr aus den Fernsehsesseln reißen. Zwischen Himalaya und Gelbem Meer sind über eine Milliarde Chinesen auf dem langen Marsch vom Maoismus zum Kapitalismus. Nur die große Zahl scheint noch beunruhigend. Das können Sie als Experte, der seit Jahren in Peking wohnt, besser beurteilen. Ein bisschen nordöstlich von China herrscht noch ein pausbäckiger Tyrann über sein Volk. Aber er ist eher die groteske koreanische Karikatur auf die Visionen, die der alte Marx einst hatte. Und jenseits des großen Teichs sucht ein ergrauter Máximo Líder »den Horizont ab nach einem Angreifer. [...] Aber die Kimm ist leer. Auch der Feind hat ihn vergessen«, dichtete Hans Magnus Enzensberger auf Fidel Castro. Aber diese verbreitete verharmlosende Sicht vom vergammelnden Welt-Kommunismus ist für mich mit meiner Erfahrung und Kenntnis von kommunistischer Umtriebigkeit, wie sie sich in der Bundesrepublik längst wieder neu organisiert hat, gerade ein Grund mehr zum Warnruf. Selbst, wenn's manchen nervt.

Aber bedroht fühlt man sich doch heute durch Fanatiker anderer Couleur.

Der 11. September hat alles geändert. Neue Weltverbesserer sind auf den Plan getreten. Der islamistische Terrorismus beruft sich auf Allah. Er ist nicht an einem Regime oder an Grenzen festzumachen, er ist ein asymmetrischer Feind. Das weckt Unsicherheit und Zwiespalt in der Gesellschaft darüber, wie er zu bekämpfen ist. Die neue Bedrohung offenbart, dass religiösem und politischem Fundamentalismus eine Besessenheit gemeinsam ist: die Weltverbesserung mittels radikaler Gewalt. Dabei ist es schon verblüffend, wie

die atheistische PDS/Linke den religiösen Konkurrenten des Kommunismus in Sachen Welterlösung Beistand leistet. Als einzige Partei war sie unter Nutzung pazifistischer Stimmungen bemüht, jene schützend um Osama Bin Laden gescharten Taliban aus dem Schussfeld der Antiterrorfront zu nehmen. Sie denunzierte die militärischen Maßnahmen der USA als Krieg gegen Afghanistan, obwohl ihre SED-Vorläuferin die Afghanistan-Invasion der Sowjetunion gebilligt hatte. Ich sage das in selbstkritischer Erinnerung. Man kann deshalb sicher sein, dass hinter den Vorbehalten vieler in der PDS gegenüber Amerika das »antiimperialistische« Hass- und Feindbild von einst steckt, eben nur umstilisiert. Sie taten das alles in pazifistischer Verbrämung, obwohl die Kommunisten den Pazifismus immer als spießig-sentimentale Verirrung verachtet hatten, weil er das Proletariat vom letzten Kampfziel, seiner »historischen Mission«, abhalten würde. Dass dabei die Spekulation mitspielt, ein ausgesprochen »grünes« Feld zu beernten, liegt auf der Hand.

Hätte man Ihrer Ansicht nach von Anfang an mit der Partei anders umgehen sollen?

Ich war immer der Meinung, dass es ein Fehler war, im Oktober 1990 »die führende Kraft« dieses gescheiterten Experiments sofort in den Bundestag zu übernehmen. Dort war sie ohne Schamfrist sofort mit einer fünfzehnköpfigen Fraktion eingezogen. Man hätte ihr diese Plattform nicht zugestehen dürfen. Die Partei hätte verboten werden müssen, weil die Resultate ihres Wirkens nicht in Einklang mit bundesdeutschen Interessen waren. Sie hatte den Staatsbankrott der DDR verursacht. Sie hatte die Bevölkerung mit einem Spitzelnetz überzogen. Sie hatte Andersdenkende kriminalisiert und brutal verfolgt. Sie war für die Todesschüsse an der Mauer verantwortlich.

Warum hat man das nicht gemacht? Weil das vielleicht nicht gerade von der Souveränität einer gut funktionierenden Demokratie gezeugt hätte? Immerhin wurden auch die PDS-Parlamentarier in freien Wahlen gewählt.

Selbst wenn die Partei verboten worden wäre, hätte sie sich ja unter anderem Namen etablieren können. Aber sie hätte dann beispielsweise schwieriger Besitzansprüche geltend machen können. Womöglich wäre die Aufspürung der gewaschenen SED-Millionen effektiver verlaufen. Womöglich hätten sich dann mehr SED-Mitglieder und -Sympathisanten von der Partei abgewandt. Es wäre ein politischer moralischer Schritt gewesen.

Die Umstände der Entmachtung der SED in der noch existierenden DDR begünstigten natürlich die spätere Entwicklung. Sie ließen der Partei Zeit, sich auf die neuen Verhältnisse vorzubereiten. Dabei stützte sie sich auf ihre anfangs noch erhebliche Klientel und auf die verdeckten Parteigänger in anderen politischen Bereichen, die ihr über die Stasi verpflichtet waren. Diese sinistren Strukturen, ein leicht verändertes politisches Vokabular und die Tarnung ihrer finanziellen Mittel sollten ihren Einfluss, so war zumindest die Hoffnung, in einer überlebenden DDR bewahren. Die Rechnung ging nicht völlig auf. Aber die SED, die sich inzwischen zur PDS scheinemausert hatte, glitt mit in die Bundesrepublik und in den Bundestag – was einer DKP nie gelungen ist. Der PDS war es geglückt ohne den Schimmer einer demokratischen Legitimation.

Aber lag das nicht auch daran, dass man im Westen kein ausgeprägtes Interesse an der Aufarbeitung hatte?

Nach 1989 wurde versäumt, eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung in Gang zu bringen, weil sich die neue, größere Bundesrepublik inzwischen anderen, akuten Problemen gegenüber sah. Zudem überschätzten die Politiker womöglich

die Verfallszeit der roten Ideologie. So blieb es im Wesentlichen Sache der Justiz, mit ihren Mitteln die Geschichte aufzuarbeiten. Nicht oder nur unzureichend flankiert vom öffentlichen Diskurs reagierten viele Menschen gleichgültig auf die Urteile. Dennoch ging von den Prozessen eine bleibende Warnung aus: Politische Macht kann sich niemals auf »gute Zwecke und Ziele« berufen, wenn Menschen dafür mit dem Leben bezahlen müssen oder Repressalien unterworfen sind. Es war Anfang der Neunziger erwogen worden, öffentliche, freiwillige Täter/Opfer-Gespräche unter der Bezeichnung »Tribunals« zu veranstalten. Die Bezeichnung war sicher unglücklich gewählt, weil sie viele Ehemalige davor zurückschrecken ließ, sich offen zu ihrer eigenen Vergangenheit zu äußern. Doch es kam gar nicht zu diesen »Tribunals«. Seit der Enquetekommission des Bundestags, die zweifellos Bedeutendes zur Aufarbeitung der DDR-Problematik geleistet hat, senkte sich jedoch, von besonderen Anlässen abgesehen, der Schleier der Zeit über das Phänomen DDR und besonders die Rolle der SED.

Was könnte das für die gesamtdeutsche Demokratie bedeuten?

Wenn die Aufklärung über die antihumanen Resultate des praktizierten Marxismus nicht dauerhaft und intensiv betrieben wird, kann das Folgen haben für die Demokratie, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und angesichts der terroristischen Bedrohung. Rote Demagogie könnte leichter Wähler beeinflussen. Klassisches Beispiel ist die Robin-Hood-Attitüde der PDS. Die Partei mimt den Sozialpfleger und Lautverstärker ostdeutscher Bedürftigkeit, obwohl sie doch nur der hinübergerettete und eilends umgetaufte Verein ist. Schließlich war sie der Erfinder und Betreiber des missratenen Wirtschaftssystems, für das nach 1989 alle im Osten und später, als die Einheit kam, auch im Westen die Zeche zu zahlen hatten – vor allem viele im Osten mit dem Ver-

lust ihrer Arbeitsplätze. Etwas, das die Partei Die Linke sehr provoziert, ist ihre Stasi-Verstrickung. Man stößt auf sie allenthalben, sie wird aber mit dreister Stirn kleingeredet oder als Kavaliersdelikt abgetan. Wie die von ihnen betriebene Bespitzelung der Menschen mit ihrer reformerischen Attitüde von heute zu vereinbaren ist, werden die betreffenden PDS-Funktionäre mit sich selbst abmachen müssen. In unserer Parteiendemokratie dürfte es jedoch kaum zu rechtfertigen sein, sich mit solchen »Schattenmännern« zu arrangieren. Inoffizielle Mitarbeiter des Stasiministeriums sind in den Fraktionen der PDS im Bundestag wie in Länderparlamenten enttarnt worden. Sie liefern damit einen Beleg für die Lammsgeduld der Demokratie.

Aber die SED-Verantwortung, darunter auch Ihre, wurde doch juristisch aufgearbeitet? Warum reicht Ihnen das nicht?

Weil sich die SED-Nachgelassenen, die sich zur PDS umgetauft haben, nach wie vor von der Pflicht entlastet wähnen, sich einer ehrlichen Selbstprüfung zu unterziehen. Für sie waren und bleiben die Verbrecher die anderen, das sei ja mit deren Verurteilung amtlich festgestellt worden. Wenn die Demokratie dieser Denkweise folgt, verkennt sie den Charakter einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei. Nahezu achtzig Prozent der PDS-Mitglieder hatten einst ein SED-Parteibuch. Natürlich geht es überhaupt nicht um weitere gerichtliche Verfolgungen. Aber ideologisch verblendet war mehr oder weniger jeder, der mit einer höheren oder niederen Parteifunktion betraut war. Man musste sich ja als »monolithisch« geprägter Verfechter der Parteilinie verstehen. Jedenfalls wäre es nicht akzeptabel für die Gesellschaft und für die Demokratie beschädigend, wenn der PDS die Deutungshoheit über das dunkle DDR-Kapitel überlassen bliebe.

Allerdings kann man nicht die Augen davor verschließen, dass die Linke inklusive PDS an Bedeutung bei den Wählern gewonnen hat. Wenn diese Partei ein Relikt der unbezweifelbar überwundenen Vergangenheit ist, wie sind dann die relativen Erfolge der PDS zu erklären, immerhin beläuft sich ihr Wahlpegel im Osten auf plus/minus zwanzig Prozent? Das sind doch nicht alles verblendete Menschen.

Das kann ihren Wählern nicht in erster Linie zum Vorwurf gemacht werden. Der einfache Sterbliche ist nicht verpflichtet und häufig nicht in der Lage, jeden politischen Wandel intensiv zu analysieren. Für die Bewertung einer Partei durch die Wähler spielt natürlich die Medienresonanz eine große Rolle. Insbesondere das Überschreiten der 15-Prozent-Marke diente den Medien als Gradmesser für die unbesehene demokratische Tauglichkeit der PDS.

Welche Rolle spielt die Haltung der SPD dazu?

Es kommt ihr ein besonderes Gewicht zu. Sie hat für Koalitionen mit der Linken in den Bundesländern grünes Licht gegeben. Ein riskantes Signal. Es wird schwankende Wähler eher bestärken, sich für die Dunkelroten zu entscheiden nach der Devise: Warum bei linker Unzufriedenheit mit den Verhältnissen erst den Umweg über die SPD machen? Auch die Auseinandersetzung zwischen denjenigen in der SPD, die das Zusammengehen mit der PDS befürworten, und denjenigen, die entschieden dagegen sind, hat der PDS eine Öffentlichkeit verschafft, über die sich die SED-Epigonen nur die Hände reiben können.

Gysi war in mehrfacher Hinsicht ein Glücksfall für die demoralisierten Kohorten der SED zum Ausgang des Jahres 1989. Mit dem advokatischen Blick fürs Wesentliche riet er der Mehrheit der Delegierten auf dem ersten Parteitag im Dezember 1989 davon ab, sich sofort mit einem neuen Etikett zu tarnen. Umtaufen könne bedeuten, der SED-Finzen

verlustig zu gehen. Sein Vorschlag, sich SED-PDS zu nennen, wurde denn auch angenommen.

Gysi wusste, welche Bedeutung Geld für den neuen Anmarsch der Kommunisten auf die Macht haben würde. Einer seiner ersten Schritte als Krenz-Nachfolger bestand darin, im ZK alle Diensträume der höheren Nomenklatura und ihre Panzerschränke zu versiegeln. Man fand dort zwar nichts, aber offensichtlich wenig später alles auf hinterlassenen Geschäftskonten der SED bei der Staatsbank der DDR. Medienberichten zufolge sollen es Milliarden Ostmark und zig Millionen in Devisen gewesen sein. Als das neue Parteiengesetz der DDR im Juni 1990 bevorstand, setzte in der Parteizentrale eine fieberhafte Geschäftigkeit ein, um das SED-Altvermögen zu sichern. »Darlehen« an Funktionäre und andere Vertrauenspersonen sollen ausgegeben worden sein – mit extrem langen Laufzeiten, zum Teil ohne vernünftige Sicherheiten und bei niedriger Verzinsung. Man setzte auf Parteiergebenheit der Empfänger, die alle Gewinne nach Abzug zugestandner Eigenbezüge an ihre Gläubigerin, die SED-PDS, abführen würden. Gelegentlich war davon in Presseberichten zu lesen. Einer der Vertrauensleute der Geldwäscher im ZK soll demnach ein Araber gewesen sein. Weit über 100 Millionen Mark soll er erhalten haben, einen großen Teil allein für die Errichtung eines islamischen Religionszentrums in Berlin. Fürwahr erstaunlich, wofür sich die atheistische SED erwärmte. Der Araber hatte Pech. Die Treuhand blockierte 1990 entsprechende Konten. Er saß deswegen mit einem hohen Betrag beim Bund und einem Inkasso-Unternehmen in der Kreide.

In der Rhetorik der PDS ist immer wieder zu hören, sie sei die einzig wahre Stimme der Ostdeutschen. Da ist doch was dran.

Das würde sich die Mehrheit der Ostdeutschen verbitten. Es waren allerdings auch schon Vertreter der SPD vernehmbar, die eine Koalition mit der PDS befürworteten und dies

mit dem Argument begründen, dass dadurch das Misstrauen des Kalten Krieges beseitigt würde. Die PDS ist sicherlich dankbar dafür, weil das indirekt ihren absurden Anspruch stützt. Man muss nicht wiederholen, was 1989 passierte. Die Linke plädiert dafür, dass ein politisches Arrangement mit der SPD oder mit anderen demokratischen Parteien an der Zeit ist, weil damit der entscheidende Beitrag zur Versöhnung zwischen Ost- und West-Bürgern der Bundesrepublik geleistet würde. Diese Anmaßung, für alle Bürger der neuen Bundesländer zu sprechen, wird gleichfalls von manchem prominenten Sozialdemokraten mehr als toleriert. Vielleicht meinen sie, damit einer in Aussicht gestellten Wahl-Allianz mit der PDS den fatalen Ruch zu nehmen. Kaltblütig ignoriert wird, dass lediglich ein Fünftel der Wähler im Osten für die PDS stimmte. Warum negieren einige in der SPD die Rolle ihrer eigenen Partei im Osten, fragt man sich. Richard Schröder, einer der Begründer der Sozialdemokratie während der friedlichen Revolution in der DDR, hielt Egon Bahr entgegen, der in einem Presseartikel einmal die PDS mit dem Osten gleichgesetzt hatte: »Du erfüllst der PDS den Wunsch, den sich die SED nie erfüllen konnte, die ersehnte ›Einheit von Partei und Volk‹.«²⁴

Noch immer geistert in manchen Köpfen die Wunschvorstellung von der Entzauberung der SED-Nachfolger herum, wenn man sie nur an die Töpfe der Macht ließe. Der frühere Westberliner Parlamentspräsident Walter Sickert, ein sozialdemokratisches Urgestein, der mit einer Reihe anderer Sozialdemokraten die SPD aus Protest gegen deren Berliner Mesalliance mit der PDS verlassen hat, erinnerte daran, dass schon 1946 die Vokabel Entzauberung von führenden Sozialdemokraten bemüht wurde, um den Mitgliedern die Bedenken gegen die Zwangsvereinigung mit den Kommunisten zu nehmen. Wie untauglich die Empfehlung war, bezeugen unter anderem 700 Sozialdemokraten, die in DDR-Gefängnissen umgekommen sind. Wenn auch der PDS von heute

24 In: *Die Zeit*, 33/2001.

weder Neigung noch Möglichkeit zu solchen Untaten zu unterstellen sind, es bleibt die moralische Last der Geschichte, die die SED-Nachfolger nicht mit flink verfassten politischen Präambeln abstreifen können.

Aber darf sich eine Partei nicht auch wandeln?

Ja, aber sie wird sich nur echt wandeln, wenn sie sich mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Die PDS oder die Linke, wie sie sich ja seit 2007 nennt, soll heute rund 76 000 Mitglieder zählen. Etwa ein Viertel ihrer Mitglieder sind Neuzugänge, also vermutlich jüngere Menschen und linke SPDler. Ein Großteil aber setzt sich aus dem Dunstkreis der älteren Generation zusammen und aus jüngeren Radikalen, also aus Personen, die nicht unbedingt von der geistigen und politischen Konstitution sind, die einen Wandel der Partei erwarten lassen.

Ein großer Teil der alten Mitglieder ist in Ostberlin ansässig. Sie waren meist ehemalige mittlere und höhere Funktionäre, haben ihre politische Bildung im Parteilehrjahr, wenn nicht auf Parteischulen, verinnerlicht. Sie sind im Grunde politische Autisten. Sie wollen die Partei bewahrt sehen, bis die Zeit reif ist für die Revolution der Enkel. Sie beobachten mit latentem Unbehagen den Revisionismus, das Abwechslertum der sogenannten Reformer, die in der Eventgesellschaft des Kapitalismus herumturnen. Aber sie begreifen irgendwie, dass diese heute vielleicht die geeigneteren Hüter des heiligen Grals der Partei sind. Die Reformer wiederum, die ebenso an die sozialistische Endlösung glauben, möchten sich den alten Sturköppen als die Fähigen und nicht minder treu der sozialistischen Sache Ergebenen empfehlen. Sie sind es aber, die sich in dieser verrückten Fun-Gesellschaft einfach besser zurechtfinden.

Kommen also die einen ohne die anderen nicht aus?

Richtig. Die Beton-Marxisten brauchen die Gummi-Marxisten, weil sie sonst in einer absurden Sektenexistenz versacken würden. Die Polit-Elastokraten brauchen die versteinerte Menge, denn nur durch sie werden sie zu Reformern, auf die die Öffentlichkeit dann wieder mit Interesse, mit Skepsis, mit Bewunderung oder Abscheu schaut. Die Linke/PDS ist also eine Zwangssymbiose aus Vorturnern und Steif-Riegen.

Liegt es nicht auch an den Wählern, wie sich eine Partei etabliert?

Ja, mittlerweile kann man auch einen Teil der ostdeutschen Wähler nicht völlig von kritischer Betrachtung ausnehmen. Es sei denn, man nähme das Prinzip Demokratie und die Selbstbestimmung der Bürger durch die Freiheit der Wahl nicht ernst und degradiere die Menschen zu reinen Manipulationsobjekten. Dass dies selbst eine Total-Propaganda nicht vermocht hat, haben die Menschen im Osten doch 1989 bewiesen.

Inzwischen haben PDS und über 10000 widerspenstige linke Sozialdemokraten sich zur Linken vereinigt. Mit der SED hat das doch wenig zu tun.

Das ist richtig. Die PDS empfand es zunächst auch als Dilemma, dass sie jahrelang im Westen nicht landen konnte. Gysi machte auf seine Art die ersten Versuche, um daran etwas zu ändern. Auf dem Parteitag 1998 versuchte er den Einsatz der Truppen in Jugoslawien zu rechtfertigen, doch die Delegierten waren nicht bereit, ihre ideologiegeladene Ablehnung gegenüber der bundesdeutschen Politik aufzugeben, und verweigerten ihm die Zustimmung. Darüber reagierte er sehr verärgert.

Damals zog er sich entnervt aus dem Parteigeschäft zurück und ging wieder seiner Tätigkeit als Anwalt nach. Jedoch nur für kurze Zeit – er hat ein viel zu großes Resonanzbedürfnis, um als Nebenkläger hier oder dort im Gerichtssaal zu hocken.

Dann kam die Chance von Berlin.

Die PDS beteiligte sich an der Liquidierung des CDU-Senats, und plötzlich bestand 2002 die Möglichkeit, Teil der neuen Berliner Regierungskoalition zu werden. Die symbolische Bedeutung dieser Chance war nicht zu unterschätzen. Das frühe Westberlin war ja das Symbol der Freiheit und des Widerstandes gegen die Schikanen der DDR. Ausgerechnet im Frontstadt-Milieu von einst einen stellvertretenden Regierenden Bürgermeister aus der PDS, vormals SED zu implantieren, war unglaublich. Gysi kehrte mit einem ungeheueren Prestigegewinn in die Politik zurück, wurde Wirtschaftsminister und witterte nun eine bessere Chance, bei künftigen Wahlen in der westlichen Bundesrepublik Fuß zu fassen. Er wollte sich groß empfehlen als der Mann, der die Wirtschaft nach vorne bringt. Doch es war schwieriger, als er annahm. Die Stadt war hochverschuldet. Das, was er vorhatte, konnte ihm nicht gelingen. Zumal er die Erwartungen besonders hochgeschraubt hatte und nun an seiner großen Klappe gemessen zu werden drohte. Noch vor dem Jahresende kam die Bonusmeilen-Affäre. Auch er war belastet. Das hätte das politische Aus für ihn bedeuten können. Doch er schaffte es, sich geschickt aus der Affäre zu ziehen. Im Gegensatz zu anderen Politikern, die ebenfalls belastet waren, war er der Einzige, der freiwillig von seinem öffentlichen Amt zurücktrat. So gelang es ihm, die missliche Lage einigermaßen positiv zu wenden.

Ein cleverer Mann also, der nunmehr einen Counterpart im Westen brauchte: Oskar Lafontaine.

Gregor Gysi hatte schon längere Zeit Kontakt zu ihm, zum Beispiel hielt Lafontaine bei der Präsentation eines seiner Bücher die Laudatio. Lafontaine war im Grunde ein Glücksfall für Gysi. Nach dem Verlust seiner Position als SPD-Vorsitzender schickte sich Lafontaine an, zum Sprachrohr derjenigen zu werden, die mit dem Schröder-Kurs nicht einverstanden waren. Das kam Gysi sehr gelegen, denn mit ihm konnte er endlich seine politische Reichweite in Richtung Westen erhöhen. Und die Linke war nun endlich eine Basis für die SED-Epigonon, um tatsächlich in der Bundesrepublik Fuß fassen zu können. Das war eine Traumpaarung. Der Prestigeverlust der SPD hat auch nicht lange auf sich warten lassen. Aber die Veränderung war noch tiefgreifender. Die Sozialdemokratie und die CDU verloren ihre Rolle als unangefochtene Volksparteien. Es droht nun auch das Aus für Paarungsmöglichkeiten zu großen Koalitionen bei politischen Patts.

Wie geht es weiter mit der PDS unter der Kapuze der Linken?

Ich kann keine Prognose stellen, denke aber, dass sie mit maximal zwanzig Prozent bereits den Höhepunkt erreicht haben wird. Mehr hat sie vorerst wahrscheinlich nicht im Sinn. Gysi und Lafontaine werden, ohne exekutive Verantwortung zu übernehmen, weiterhin die Quertreiber sein, die alles angreifen, was die Etablierten versuchen.

Sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, dass der Marxismus angesichts Wirtschaftskrise, Gysi und Lafontaine wieder im Aufschwung ist?

Ich sehe keine Rückkehr oder Rückgewinnung marxistischer Positionen in Deutschland, dazu sind die deutschen Wähler nicht bereit, selbst die enttäuschten Sozialdemokraten nicht.

Aber kann die Linke nicht in der Wirtschaftskrise doch ein Rettungsanker werden?

Ein Rettungsanker wohl kaum, weil die Rezepte der Linken auf sozialistische oder teilsozialistische Tropfen für den geschwächten ökonomischen Organismus hinauslaufen werden.

Wir Deutschen sind in der Welt dafür bekannt und werden häufig auch dafür belacht, dass wir zu Selbstquälerei neigen und Sachverhalte problematisieren, auch wenn dies eigentlich schon längst nicht mehr nötig ist. War es bei der Einheit auch so?

Wie war die Einheit ersehnt, welche Freudentaumel hatten die entscheidenden Schritte auf diesem Wege ausgelöst. Dass dieser Prozess komplizierter verlaufen musste, als zu ahnen war, rief dann auch bald alle möglichen Schwarzseher auf den Plan. Waren Anfang der neunziger Jahre Lafontaines Warnungen zu hören, weil Helmut Kohl den Triumph inkassiert hatte, so grassierte schon zehn Jahre später das Bild von der Mauer in den Köpfen, die Osis und Wesis angeblich immer noch unüberwindlich trenne. Das wird vielleicht auch am zwanzigsten Jahrestag anklingen.

1999 jedenfalls verging kaum ein Tag, an dem man nicht lesen konnte, dass die Polit-Neandertaler im Osten noch immer nichts von Demokratie begriffen hätten. Den Vogel schoss ein Buch ab, das auch in Fernseh-Talkrunden von sich reden machte. Seine Kernaussage lautete, dass die Aversionen der »Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik«

gegen den Weststaat darin wurzelten, dass sie, die Osis, sich ihr der SED am 17. Juni 1953 »abgetrotztes Recht auf Faulheit« von den emsigen westdeutschen Malochern nicht nehmen lassen wollten. Auch eine Dienstleistung für die PDS.

Inzwischen sind solche Töne allerdings kaum noch vernehmbar.

Bei der SPD ist die Vereinigungsschelte des Wahlverlierers vom Jahre 1990 mitsamt der Person Oskar Lafontaine verblasst. Auch der Vorwurf, Helmut Kohl habe, nur um Wählerstimmen einzufangen, blühende Landschaften im Osten versprochen, ist kaum noch zu vernehmen. Schon der damalige Bundeskanzler Schröder gab stattdessen während einer frohgemuten Reise durch die Ostprovinzen die neue Sprachregelung aus: Man sei auf halbem Wege gut vorangekommen. Das bezog wohl auch die Zeit vor seinem Regierungsantritt mit ein. SPD-Generalsekretär Müntefering tat das indirekt auch, wenn er auf das von der CDU beanspruchte Einheitsverdienst mit der Bemerkung reagierte, dass jede andere Partei das auch hingekriegt hätte. Das kann ja wohl nichts anderes heißen, als dass nicht ganz verkehrt gelaufen ist, wozu 1989 und insbesondere 1990 die Fundamente gelegt wurden. Auch die Äußerungen des ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse sollte man so nehmen, wie er sie nach mancherlei Einspruch selbst interpretierte: als Appell für weitere Kraftanstrengungen, damit die neuen Länder so schnell wie möglich Westniveau erreichen. Sicher sind bei einigen die Erwartungen zu hoch gewesen, und sicherlich sind auch die Dimensionen der Herausforderungen, die mit der Einheit zu meistern waren, verkannt worden.

Blühende Landschaften stellt man sich doch tatsächlich anders vor als die trostlose Einöde mancher Regionen.

Die deutsch-deutsche Wiedervereinigung hat einer repräsentativen *Forsa*-Umfrage von Anfang 2009 zufolge die Erwartungen vieler Deutscher nicht erfüllt. Weniger als die Hälfte der Befragten sah ihre persönliche Lebenssituation als verbessert an. Jeder Vierte im Osten meinte sogar, dass es den Ex-DDR-Bürgern vor 1989 besser gegangen sei als gegenwärtig. Auf solche Meldungen kann die Linke natürlich bauen. Das kommt manchen Apologeten des DDR-Reichs der Seligkeit im zwanzigsten Jahr seines Anfangs vom Ende gerade recht. Aber so leicht ist das in diesen zwanzig Jahren Erreichte nicht vom Tisch zu wischen. Man kann doch nicht übersehen, dass sich die Landschaft im Osten grundlegend verändert hat, und sie wandelt sich weiter. Diese Veränderungen und Fortschritte sollten bei allem, was noch Wünsche offenlässt, nicht übersehen und kleingeredet werden. Gelegentlich möchte man dazwischenrufen, schaut mal auf jene Länder des einstigen Ostblocks, denen keine Bundesrepublik zur Seite springen konnte. Die West-Ost-Transferleistung beträgt sage und schreibe 1,6 Billionen Euro. Ohne den volkswirtschaftlichen Rückfluss in die alten Länder soll es immer noch mehr als eine Billion sein, die den neuen Ländern zugutekam. Wie viel hat sich in Städten wie Dresden oder Leipzig, Erfurt oder Magdeburg, auch in Kleinstädten und Dörfern der einstigen DDR gewandelt? Wie viele Umweltschäden wurden behoben? Welches Bild bietet das Netz von Autobahnen und Landstraßen? Wie viele Gewerbegebiete und wie viele Versorgungseinrichtungen sind entstanden? Wie hat sich das Bild vieler Wohngebiete verbessert? Wie hat sich die Touristikbranche an der Ostseeküste zwischen Rügen und Darß entwickelt? Dabei dürfte heute jedem klar sein, dass die Transformation in ein marktwirtschaftliches System notwendigerweise eine zeitweilige Brache für viele der umzustrukturierenden Betriebe zur Folge hat. Umso bemerkenswerter ist, dass dieser beispiellose Prozess in der historisch kurzen Frist eines Jahrzehnts so viele positive Resultate hervorgebracht hat. Die Milliardentransfers in die neuen Länder trugen Früchte, weil sie Hilfe zur Selbsthilfe

darstellten. Daran ändert auch nichts, dass dabei Pannen, Ungerechtigkeiten und Gaunereien passiert sind.

Manche Wirtschaftswissenschaftler meinen, dass die Wachstumsschwäche Deutschlands in erster Linie eine des Westens sei, die nun auf die ostdeutschen Länder zurückschlage. Teilen Sie diese Ansicht?

Ich meine, dass es eher umgekehrt ist. Auch heute liegt die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland noch immer unter dem EU-Durchschnitt; trotz weltweiter Finanzkrise, trotz Zuwanderung aus den »neuen« Ländern und täglich fast 500 000 Pendlern von dort. Noch immer produziert Westdeutschland Jahr für Jahr Exportrekorde. Solange jedoch die »alten« Länder Jahr für Jahr rund vier Prozent ihres Sozialprodukts an die »neuen« Länder übertragen müssen, um dort den Aufbau zu gewährleisten, so lange kann nicht erwartet werden, dass im Westen Konsum und Investitionen dickes Wachstum schaffen. Auch die EU-Kommission nämlich rechnet gut zwei Drittel der heutigen Wachstumsschwäche den Vereinigungsfolgen zu, und internationale Wirtschaftsfachleute sehen das ähnlich.

Was hinterlässt uns die DDR?

Das klingt wie eine Suggestivfrage, die sich schon beantwortet, indem man sie stellt. Wenn ich dennoch versuche, dem Ableben der DDR etwas Positives abzugewinnen, dann mischen sich dabei Ernst und Ironie. Zum Besten gehört zweifellos: Auch im Vaterland von Marx und Engels wurde damit der Beweis geliefert, dass deren soziale Theorie, auf die gesellschaftliche Versuchsstrecke gebracht, im Fiasko endete. Es wurde, wie es der Philosoph Karl Popper, einer der Weisen unserer Zeit, einmal formulierte, mit dem erstrebten Himmel auf Erden die Hölle produziert. Die Lebenstauglichkeit der

Theorie konnte nur durch den Versuch in der Wirklichkeit erkundet werden. Er verlief negativ. Aber diese Erfahrung hat auch einen Wert. Man braucht sich nicht noch einmal auf dieses Gleis zu begeben.

Von echter DDR-Provenienz ist eine Hinterlassenschaft, die ihren Siegeszug durch alle Bundesländer angetreten hat: der grüne Pfeil. Er soll Rechtsabbiegern an ampelbewehrten Kreuzungen auch bei Rot unnötige Stoppzeiten ersparen. Ich sehe mich damit in meiner Aussage vom Frühjahr 1990 bestätigt. Ich frage mich allerdings heute noch, wie wir so etwas in der DDR durchgehen lassen konnten: Bevorzugung von Rechtsabbiegern, und das noch bei der Warnfarbe Rot.

Damit wäre das Thema ein für alle Mal vom Tisch.

Damit wäre ich vorsichtig. Die Siegerin Demokratie neigt zu Vergesslichkeit. Sie kennt nicht die Wachsamkeit, wie sie in Diktaturen üblich ist. Sie bietet optimalen Spielraum für Toleranz und Widersprüche. Sie ist pluralistisch. Ihre freiheitlichen Stärken sind leider auch ausnutz- oder missbrauchbar. Wer ihre prinzipielle Substanz gegen ihre Feinde hochhält, kann andererseits leicht als dogmatisch philiströs abgewertet werden. Das Verhältnis zur Linkspartei bietet dafür manchen Beleg. Demokraten sollten also stets Augen und Ohren offen und den Mund nicht zu halten. Die Demokratie ist nie vollendet, immer unterwegs, stets auf Trab und nicht gegen Unfälle gefeit.